

Wählen gehen – oder nicht: die zunehmende Wahlenthaltung am Beispiel der Stadtverordnetenwahlen

Dr. Michael Wolfsteiner

Wahlen sind die Basis der Demokratie

Nach Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes ist die Bundesrepublik Deutschland „ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“. Absatz 2 des Artikels legt weiter fest, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht.

Die Gewaltenausübung geschieht nicht auf direktem Weg, sondern sie „wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt“. Oder anders ausgedrückt: Durch die Wahlteilnahme können die Bürgerinnen und Bürger das politisch-öffentliche Leben mitbestimmen. Wahlen sind damit einer der Grundbausteine unseres demokratischen Systems.

Das Wahlrecht bei der Frankfurter Stadtverordnetenwahl

Das Prinzip der Vertretung des Volkssouveräns ist in allen föderalen Ebenen fest verankert und gilt damit auch in der Stadt Frankfurt am Main. Als Vertretung

der Bürgerinnen und Bürger tritt hier die Stadtverordnetenversammlung mit ihren 93 Sitzen auf, die alle fünf Jahre neu gewählt wird.

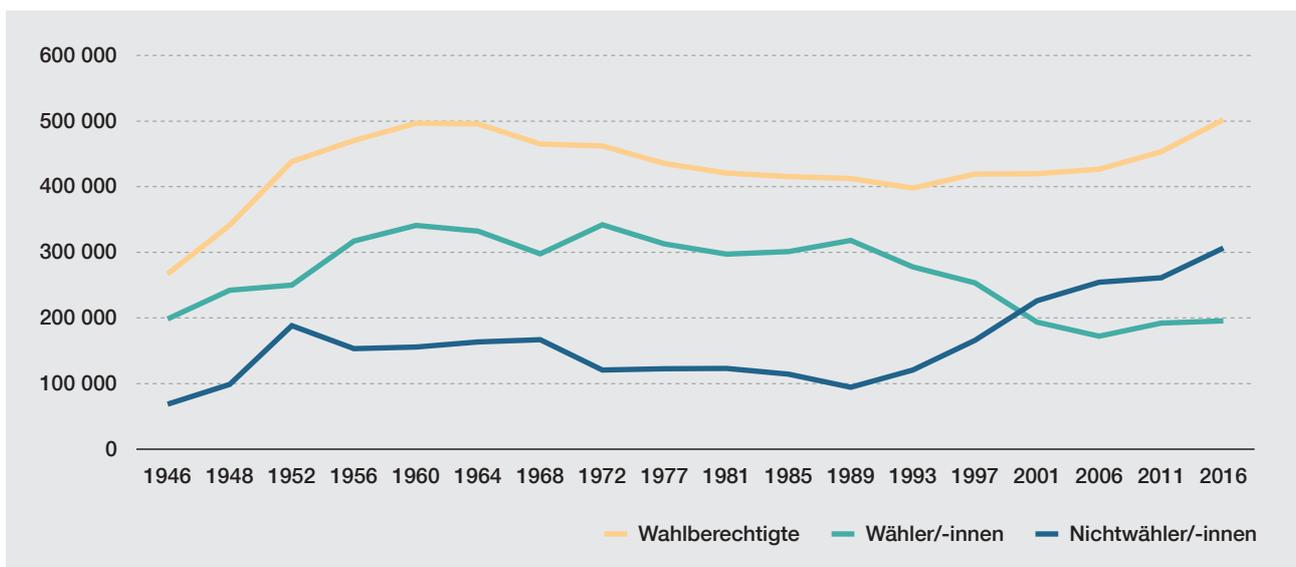
Seit 2001 erfolgt die Wahl nach dem aktuellen Wahlrecht, das es den Wählerinnen und Wählern u. a. ermöglicht, zu kumulieren, zu panaschieren und zu streichen.¹ Durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde weitete sich darüber hinaus die Zahl der antretenden Parteien und Wählergruppen immer weiter aus.

Von Stadtverordnetenwahl zu Stadtverordnetenwahl wächst damit der Stimmzettel. 2016 erreichte er bei 20 Listen mit 965 Bewerber/-innen seine Rekordgröße von 146 Zentimeter Breite und 60 Zentimeter Höhe.

Wahlbeteiligung ist rückläufig

Zugleich sinkt bei der Frankfurter Stadtverordnetenwahl die Wahlbeteiligung. Der stärkste Rückgang war von 1997 (60,5 Prozent) auf 2001 (46,1 Prozent) zu beobachten: 14,4 Prozentpunkte nahm die Wahlbeteiligung ab. Aber

Abb. 1 Wahlberechtigte, Wählerinnen und – Wähler sowie Nichtwählende bei der Frankfurter Stadtverordnetenwahl seit 1946



¹ Zur Erläuterung des Wahlrechts siehe <https://youtu.be/on-C2u4DOtxE>.

auch von 2001 bis 2016 ist noch ein bemerkenswerter Rückgang von 7,1 Prozentpunkten auf knapp 39 Prozent zu verzeichnen.

Eine sinkende Wahlbeteiligung bedeutet im Umkehrschluss nichts anderes als eine gestiegene Wahlenthaltung: Fast 61 Prozent der Wahlberechtigten haben sich an der Wahl zur Frankfurter Stadtverordnetenversammlung am 6. März 2016 nicht beteiligt.

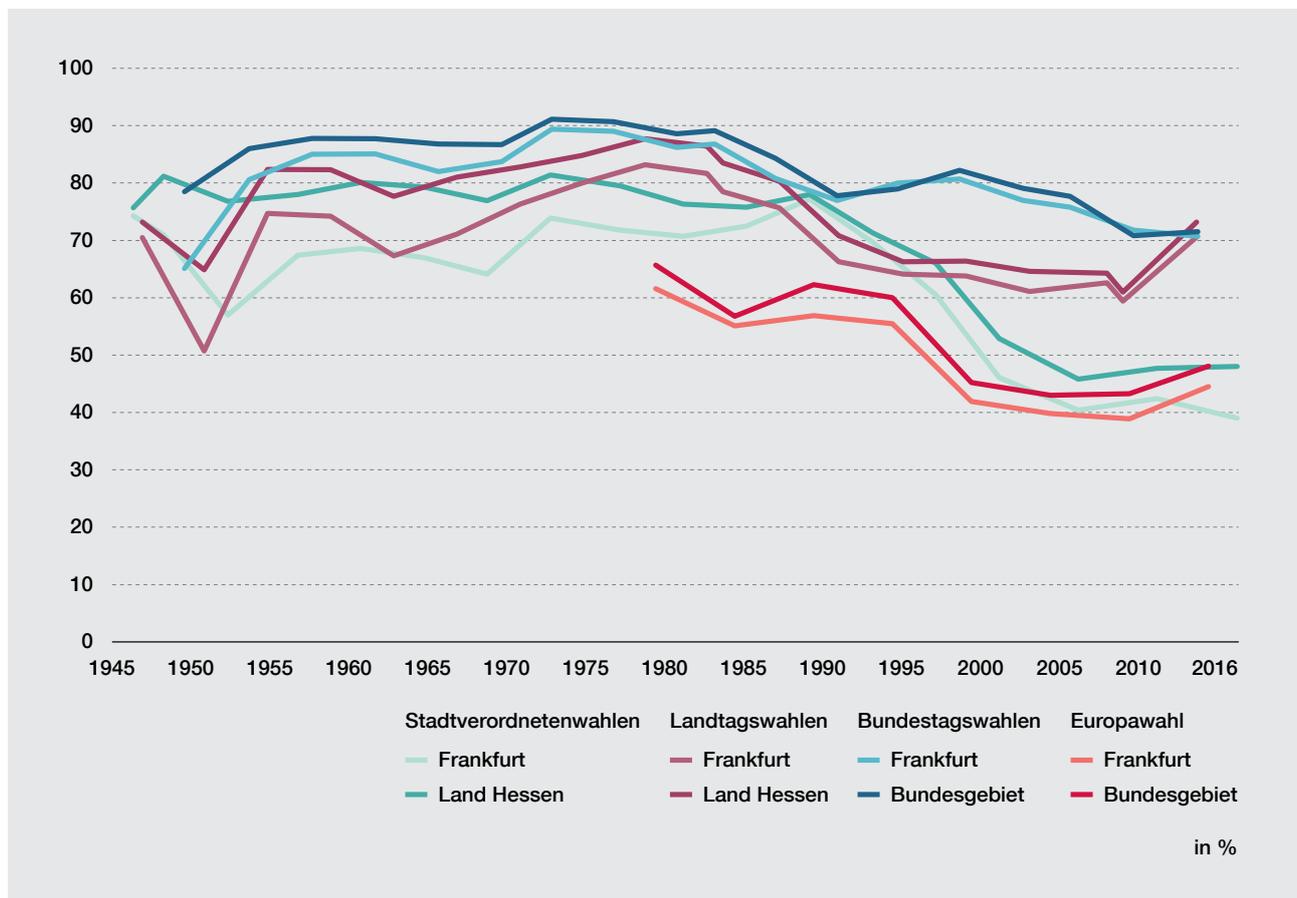
Es gibt Stimmen, die das geänderte Wahlrecht für die zunehmende Wahlenthaltung verantwortlich machen. Zwar deuten Umfragen darauf hin, dass das Wahlrecht als zu kompliziert und die weggefallene Sperrklausel als ungünstig empfunden wird,²

dies kann allerdings die rückläufige Wahlbeteiligung nicht vollumfänglich erklären.

Sinkende Wahlbeteiligung ist eine längerfristige Erscheinung

Vielmehr ist die Entwicklung bei den Frankfurter Stadtverordnetenwahlen in einen bereits seit über drei Jahrzehnten andauernden Prozess einzuordnen. Seit den 1980er Jahren sinkt die Wahlbeteiligung tendenziell – nicht nur in Frankfurt. Deutlich wird dies, wenn man die Entwicklung bei Europa- und Bundestagswahlen auf Bundesebene sowie bei den Landtags- und Kommunalwahlen in Hessen mit der bei den entsprechenden Frankfurter Wahlergebnissen vergleicht.³

Abb.2 Wahlbeteiligung bei Europa-, Bundestags-, Landtagswahlen seit 1946



² Siehe dazu Remlein, Thomas: *Forsa-Chef: „CDU-Wähler sind zu Hause geblieben“*. URL: <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Forsa-Chef-bdquo-CDU-Waehler-sind-zu-Hause-geblieben-ldquo;art675,1905477>, Stand: 19.01.2017 und Murr, Günter: *Kommunalwahl in Frankfurt – Fast 10.000 ungültige Stimmzettel*. URL: <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Fast-10-000-unguelteige-Stimmzettel;art675,1912973>, Stand: 22.03.2017 sowie Asemann, Karl: *Wähler und Nichtwähler in*

Frankfurt am Main im Wandel der Zeit – Wahlergebnisse vor dem Hintergrund des Zeitgeschehens und im Spiegel der Statistik. Frankfurt am Main : Bürgeramt, Statistik und Wahlen, 2002 (Materialien zur Stadtbeobachtung 10), S. 163.

³ Zu beachten ist dabei, dass sich der Kreis der Wahlberechtigten von Wahl zu Wahl unterscheidet. Dies ergibt sich aus den für die jeweilige Wahl geltenden wahlrechtlichen Bestimmungen.

Von den ersten Wahlen in der neugegründeten Bundesrepublik bis zum Beginn der 1980er Jahre lag die Wahlbeteiligung unabhängig von der räumlichen Ebene mit wenigen Ausnahmen immer über 60 Prozent. Am Niveau der Wahlbeteiligung im Zeitverlauf lässt sich ablesen, dass den Wahlarten unterschiedliche Bedeutungen zugemessen werden.

Mit Ausnahme der ersten Bundestagswahl 1949 gaben jeweils mehr als 80 Prozent der bundesdeutschen Wahlberechtigten bei dieser Wahlart ihre Stimme ab. Bei Landtagswahlen konnten in gesamt Hessen außer 1950 Beteiligungswerte von 70 bis 90 Prozent erreicht werden, wobei diese jeweils unter dem bei der zeitlich nahegelegenen Bundestagswahl blieben. Im Hessenvergleich lag die Quote bei den Stadtverordnetenwahlen zunächst über der der Landtagswahlen und noch einige Zeit auf dem gleichen Niveau. Sie betrug vier Jahrzehnte zwischen 70 und etwas mehr als 80 Prozent (vgl. Abb. 2).

Deutlicher Rückgang der Wahlbeteiligung seit den 1980er Jahren

Seit Mitte der 1980er Jahre ist die Wahlbeteiligung deutlich rückläufig. Zwar sank sie je nach Wahlart unterschiedlich stark, der Trend ist aber eindeutig. Eine Ausnahme ist die Landtagswahl 2013: In Frankfurt gingen 70,6 Prozent der Wahlberechtigten

zur Wahl. In Hessen erreichte die Quote sogar 73,2 Prozent. Dieser starke Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass die „zugkräftige“ Bundestagswahl am gleichen Tag stattfand.

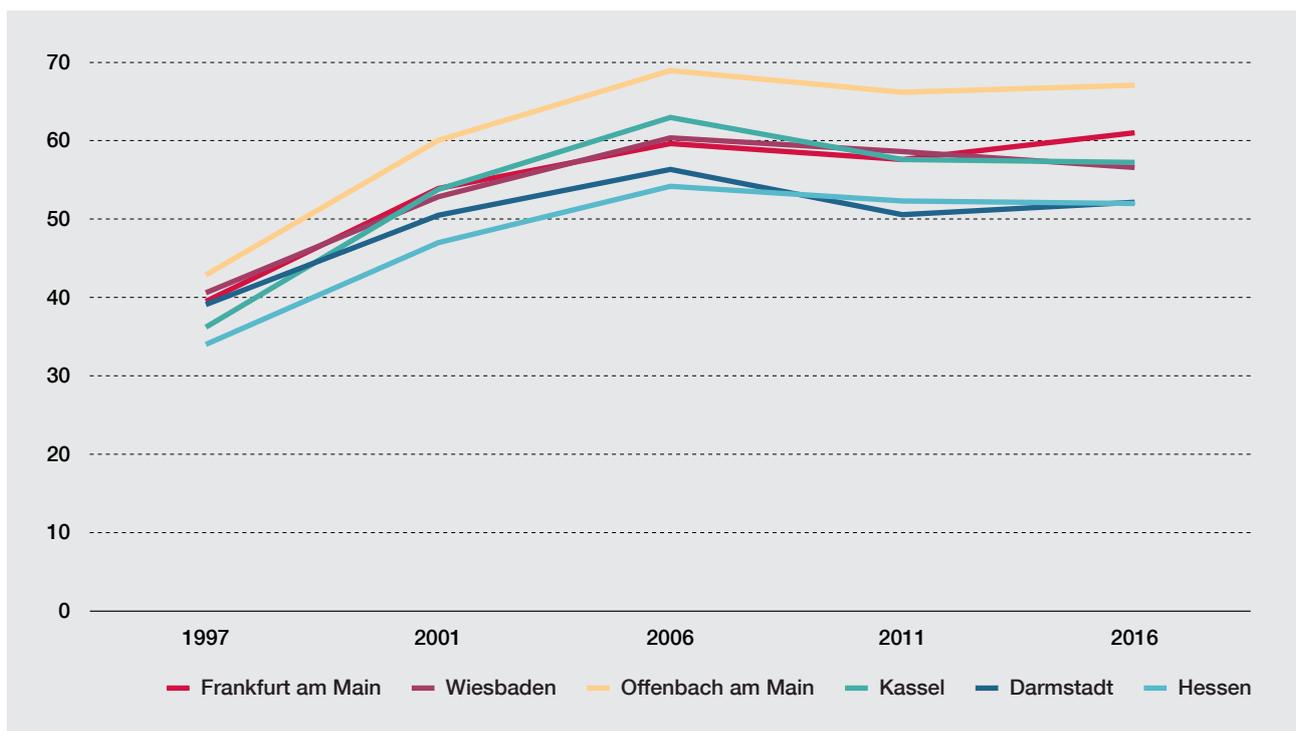
Unabhängig ist die geschilderte rückläufige Entwicklung von der Betrachtungsebene. Die Frankfurter Beteiligungswerte folgen in der Tendenz immer der übergeordneten Ebene, also dem Landes- bzw. Bundesergebnis. Lediglich der Abstand ändert sich von Wahl zu Wahl und differiert von einem bis zu 20 Prozentpunkten. Letzterer Abstand war bei der Stadtverordnetenwahl 1952 zu verzeichnen.

Auffällig ist in Frankfurt, dass bei der Stadtverordnetenwahl 2016 erstmals in den 40 Jahren seit der Einführung der Europawahl eine geringere Wahlbeteiligung erreicht wurde, als bei der zwei Jahre zuvor stattgefundenen Wahl zum Europäischen Parlament (vgl. Abb. 2).

Wahlenthaltung bei Stadtverordnetenwahlen in Hessen

Sinnvoll für die Einordnung der Entwicklung der Wahlenthaltung in Frankfurt bei den Stadtverordnetenwahlen ist der Blick auf Hessen insgesamt sowie die weiteren kreisfreien Städte im Land: Darmstadt, Kassel, Offenbach am Main und Wiesbaden.

Abb. 3 Stadtverordnetenwahlen 1997 bis 2016: Entwicklung der Wahlenthaltung im Land Hessen und in den kreisfreien hessischen Städten



Festzustellen ist, dass sowohl in Hessen als auch in den kreisfreien Städten von der Stadtverordnetenwahl 1997 zu der 2001 der Anteil der Nichtwählerinnen und -wähler deutlich angestiegen ist: 2001 lag er in Hessen 13 Prozentpunkte über dem von 1997, in den Städten zwischen elf und 17 Prozentpunkte.

Eine nähere Betrachtung lohnt der Verlauf seit 2001 und damit dem ersten Jahr, in dem das aktuelle Wahlrecht Anwendung fand. Gerechnet über gesamt Hessen hat sich die Wahlenthaltung nach einer deutlichen Zunahme von 2001 auf 2006 bei etwas über der Hälfte eingependelt.

Entwicklung in den Städten unterscheidet sich und ist uneinheitlich

Davon unterscheidet sich die Entwicklung in den Städten insgesamt. Aber auch zwischen den Städten sind Unterschiede sichtbar.

Während in Offenbach am Main seit 2006 regelmäßig zwei Drittel der Wahlberechtigten nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, liegt die Enthaltung in Darmstadt mit ungefähr 50 Prozent am

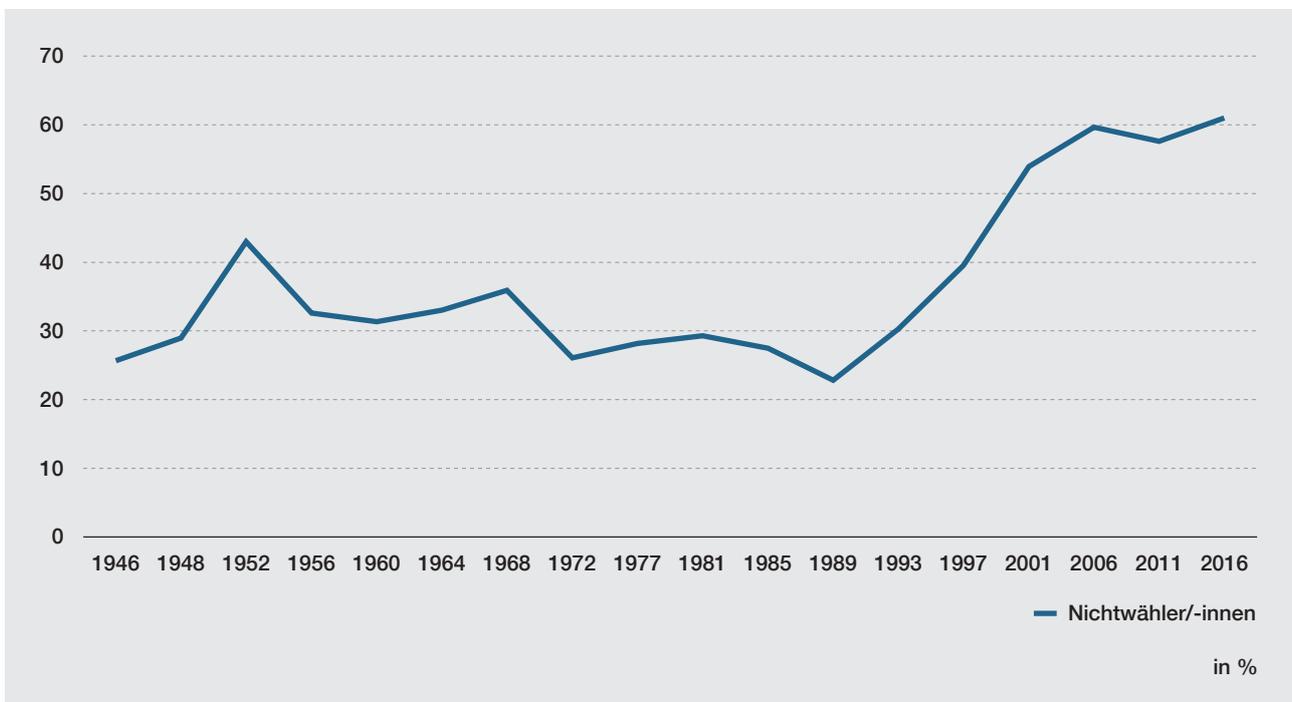
niedrigsten. In Wiesbaden und Kassel scheint sich die Quote der Nichtwählenden bei knapp 60 Prozent zu stabilisieren. Für Hessen und die genannten kreisfreien Städte war der (bisherige) Scheitel des Nichtwählens 2006 erreicht.

In Frankfurt unterscheidet sich die Situation im Vergleich zu den anderen hessischen kreisfreien Städten. Zwar ist bis 2006 ein Anstieg der Wahlenthaltung festzustellen, eine eindeutige Tendenz bei den Nichtwählerinnen und -wählern ist seitdem aber nicht mehr beobachtbar. Zugleich erreichte der Anteil derjenigen Wahlberechtigten, die ihre Stimme nicht abgaben, in Frankfurt nicht 2006 sondern erst 2016 seinen (vorläufigen) Höhepunkt.

Nichtwählen ist in der Frankfurter Stadtpolitik kein neues Thema

Das Thema Wahlenthaltung ist in Frankfurt nicht neu und hat – wie verschiedene Veröffentlichungen zeigen – bereits 1956⁴, insbesondere aber Mitte der 1960er Jahre die Stadtpolitik und das damalige Statistische Amt und Wahlamt beschäftigt. Bei der

Abb. 4 Entwicklung der Wahlenthaltung bei Stadtverordnetenwahlen seit 1946



⁴ Gunzert, Rudolf: *Die Wahl zur Stadtverordneten-Versammlung am 28. Oktober 1956 in Frankfurt am Main : Beiträge zu einer statistischen Analyse des Wahlgesehens*. Frankfurt am Main : Statistisches Amt und Wahlamt, 1958 (Statistische Monatsberichte Frankfurt am Main : Sonderheft 10), S. 70-73.

Stadtverordnetenwahl 1964 enthielt sich ein Drittel der Wahlberechtigten der Stimme. Verstanden wurde dies als Gleichgültigkeit und mangelndes demokratisches Bewusstsein eines Teils der Bürgerschaft.⁵

Daraufhin erhielt das Statistische Amt 1965 von der Stadtverordnetenversammlung den Auftrag, die Nichtwählerinnen und -wähler und ihre Gründe der Wahlenthaltung untersuchen zu lassen. Ergebnis einer Nachbefragung der Wahlberechtigten, die sich enthalten hatten, war, dass die Wahlverweigerung weder ein besonderer Ausdruck von politischem Desinteresse noch von fehlendem demokratischem Bewusstsein war.

Vielmehr wurde deutlich, dass das Wahlverhalten stark vom Geschlecht, Alter, dem Familienstand, der Konfession sowie der sozialen Stellung abhing. Vor allen Dingen spielte die Wohndauer eine entscheidende Rolle. Ein vor kurzem stattgefundenem Umzug rückte persönliche Interessen stärker in den Vordergrund und die soziale Einbindung war eine geringere. Dies führte zu einer (vorübergehenden) höheren Gleichgültigkeit gegenüber lokalpolitischen Fragestellungen, wie sie bei Stadtverordnetenwahlen eine Rolle spielen.⁶

Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind die stärkste Gruppe

Heute würde die Situation der 1950er und 1960er Jahre wahrscheinlich unkritisch gesehen. Im Jahr 2001 trat nämlich erstmals bei einer Stadtverordnetenwahl die Situation ein, dass sich mehr Wahlberechtigte der Stimme enthielten, als sie abzugeben: 53,9 Prozent blieben der Urne fern. Angedeutet hatte sich dies bereits in den 1990er Jahren. Von 1989 bis 1997 erhöhte sich der Anteil der Nichtwählenden um 16,7 Prozentpunkte.

Bei den zwei Wahlen 2006 und 2011 stieg der Grad der Wahlenthaltung weiter an, lag aber noch bei unter 60 Prozent. 2016 gaben dann 61,0 Prozent der Frankfurter Wahlberechtigten ihre Stimme nicht ab. Damit hat sich in 50 Jahren das Verhältnis bei der Ausübung des Wahlrechts beinahe umgekehrt.

In der Folge stellten 2016 diejenigen, die sich bei der Wahl enthalten haben, die gewichtigste Grup-

pe innerhalb der Wahlberechtigten dar, wie Tabelle 1 verdeutlicht. Auffällig ist der enorme Anstieg der Wahlberechtigten um 19,6 Prozent von 2001 bis 2016. Gleichzeitig stieg der Anteil der Nichtwählenden um 7,1 Prozentpunkte.

Vermutlich führt allein der enorme Bevölkerungszuwachs bereits zu einem Anstieg der Wahlenthaltung. Zum einen haben die neu Hinzugezogenen in den ersten Jahren vielleicht noch nicht die nötige Bindung an die Stadt entwickelt, um der Wahl die entsprechende Bedeutung zuzumessen. Zum anderen sind bei Stadtverordnetenwahlen auch die Frankfurter ohne deutschen, aber mit dem Pass eines EU-Landes wahlberechtigt. Von diesen wird angenommen, dass sie weniger häufig von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen⁷. Wie die Wahl 2011 mit ihrer leicht gestiegenen Wahlbeteiligung zeigt, kann dies aber nicht der einzige Erklärungsansatz sein.

Anteil Wähler/-innen pro Partei an den Wahlberechtigten

Um den Anteil zu bestimmen, werden die Wählerinnen und Wähler je Partei auf die Wahlberechtigten prozentuiert. Während diese Berechnung für 1989 bis 1997 direkt erfolgen kann, muss seit 2001 zunächst das Wähler/-innenäquivalent berechnet werden. Da jede Wählerin bzw. jeder Wähler bis zu 93 Stimmen vergeben konnte, lässt sich über dieses Äquivalent die Zahl der Wähler/-innen näherungsweise ermitteln.

Für die Berechnung des Wähler/-innenäquivalents benötigt man zunächst die durchschnittliche Stimmenzahl je Stimmzettel für die Wahl insgesamt. Hierzu werden die Stimmen durch die Zahl der Wählerinnen und Wähler geteilt. Interessant ist, dass der Durchschnittswert für die Stimmen je Stimmzettel bei den letzten vier Kommunalwahlen nur unwesentlich schwankte. 2001 und 2011 lag der Wert bei 85,4, 2006 bei 86,0 und 2016 bei 86,4 Stimmen. Im Anschluss werden die Stimmen je Partei durch die mittlere Zahl der Stimmen je Stimmzettel geteilt und so das Wähler/-innenäquivalent berechnet.

⁵ Mayer, Evelies: *Die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 25. Oktober 1964 in Frankfurt am Main : Wähler und Nichtwähler*. Frankfurt am Main : Statistisches Amt und Wahlamt, 1966 (Statistische Monatsberichte Frankfurt am Main : Sonderheft 19), S. III.

⁶ Mayer, Evelies: *Die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 25. Oktober 1964 in Frankfurt am Main*. S. 34-40.

⁷ Eine Auswertung des Wählerverzeichnis auf Basis der Nationalitäten ist nicht möglich und auch rechtlich nicht zulässig.

Tab. 1 Stadtverordnetenwahlen 1989 bis 2016: Anteile der Gruppe der Nichtwählerinnen und -wähler sowie der Parteien an den Wahlberechtigten insgesamt

Stadtverordnetenwahl	Wahlberechtigte	Nichtwähler/-innen	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	Sonstige
1989	412 346	22,8	27,8	30,5	7,7	3,7	-	6,3
1993	398 162	30,3	22,8	21,9	9,6	3,0	-	11,1
1997	419 133	39,5	21,6	17,3	10,0	3,3	1,0	6,2
2001	419 897	53,9	17,7	14,1	6,5	2,1	1,1	4,6
2006	426 588	59,6	14,5	9,7	6,2	2,6	2,7	4,6
2011	453 480	57,6	12,9	9,0	11,0	1,6	2,3	5,5
2016	502 107	61,0	9,4	9,3	6,0	2,9	3,1	8,3

Anteil der Parteiergebnisse an den Wahlberechtigten rückläufig

Interessant ist, dass mit dem Anstieg der Wahlenthaltung auch der Anteil der Parteien bezogen auf die Wahlberechtigten insgesamt zurückgeht (siehe Infokasten zur Erläuterung der Berechnung). Diese Tatsache wird von Wissenschaft und Presse immer wieder kontrovers diskutiert.

Unabhängig von den unterschiedlichen Interpretationen gilt, dass über die Jahre der Anteil der Parteien an den Wahlberechtigten insgesamt rückläufig ist. Bei der Stadtverordnetenwahl 1989 lag der Anteil der Wahlenthaltung mit 22,8 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit dem zweiten Weltkrieg. Das führte dazu, dass die SPD 30,5 Prozent der Wahlberechtigten als Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen konnte, der CDU gelang dies bei 27,8 Prozent. Ab den 1990er Jahren sank dann der Anteil der Parteiergebnisse an den Wahlberechtigten kontinuierlich ab (vgl. Tab. 1).

Nach dem Jahrtausendwechsel erzielten CDU und SPD zunächst noch Werte über zehn Prozent. Bei den Wahlen 2006 und 2011 gelang dies nur noch der CDU. 2016 wurde dann der bisher tiefste Stand erreicht. Keine der Parteien konnte einen zweistelligen Wert erzielen, was aber auch mit der hohen Zahl an Wahlvorschlagsträgern sowie dem starken Abschneiden der AfD zusammenhing. Die Koalition aus CDU, SPD und GRÜNE repräsentiert dessen ungeachtet rund ein Viertel der Frankfurter Wahlberechtigten (vgl. Tab. 1).

„Partei der Nichtwählenden“ oder: Warum gehen die Menschen nicht zur Wahl?

Die Betrachtung der Parteiergebnisse in Verbindung mit der Wahlenthaltung darf allerdings nicht zu dem Schluss führen, dass es eine „Partei der Nichtwählenden“ gibt. Vielmehr muss die Frage nach dem Grund der individuellen Wahlenthaltung bei der Analyse der Wahlergebnisse unbeantwortet bleiben, denn das Phänomen der Nichtwählerinnen und Nichtwähler ist nur sehr schwer greifbar.

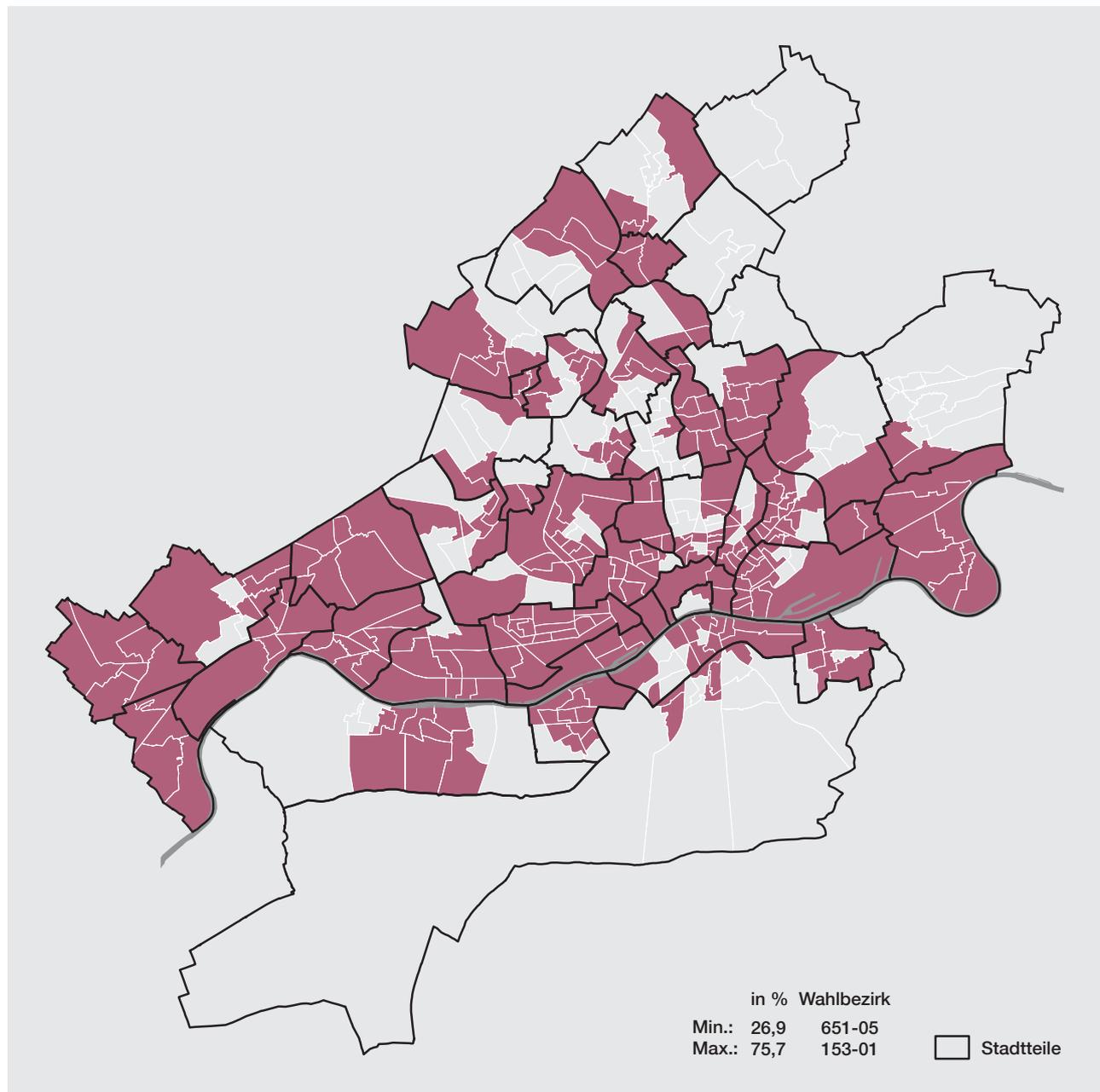
In den 1990er Jahren wurde die Zunahme der Wahlenthaltung in der Wahlforschung vermehrt behandelt. Die Einschätzungen und Bewertungen waren dabei sehr unterschiedlich. Manche sahen die Entwicklung als dramatisch an, da mit zunehmender Wahlenthaltung die Grundfesten der Demokratie erschüttert würden (z. B. Feist⁸). Andere interpretierten das Nichtwählen als einen Ausdruck der Zufriedenheit mit den bestehenden politischen Verhältnissen bzw. als Reife der Demokratie (z. B. Eilfort⁹).

Mit dem Wechsel ins neue Jahrtausend wurden die Betrachtungsweisen nüchterner und vor allen Dingen finden sich regelmäßig Erklärungen dazu, weshalb die Datenlage schwierig ist und damit Erklärungsmuster nur eingeschränkt möglich sind. Insbesondere wird dabei auf die kritische Gewinnung von Individualdaten durch Befragungen, aber auch das ausschließliche Vorhandensein von Aggregatdaten zum Abstimmungsverhalten verwiesen

⁸ Feist, Ursula: Die Macht der Nichtwähler : *wie die Wähler den Volksparteien davonlaufen*. München : Knaur, 1994. – ISBN 3-426-80044-6.

⁹ Eilfort, Michael: *Die Nichtwähler : Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*. Paderborn : Schöningh, 1994 (Studien zur Politik 24). – ISBN 978-3-506-79324-9.

Abb.5 Wahlenthaltung 2001 in den Wahlbezirken höher als 50 Prozent



(vgl. Eilfort¹⁰ und Hennig et al.¹¹, schon 1995 berichtete Kleinhenz¹² darüber).

¹⁰ Eilfort, Michael: *Aktualisierter Beitrag zum Thema „Nichtwähler“*. URL http://www.eilfort.de/downloads/Nichtwaehler_08_2009.pdf, Stand: 05.01.2017.

¹¹ Hennig, Eike ; Lohde-Reiff, Robert ; Sack, Detleff: *Wahlenthaltung in der Großstadt: das Beispiel Frankfurt am Main*. In: *Frankfurter statistische Berichte* (2001), Nr. 3, S. 224-251.

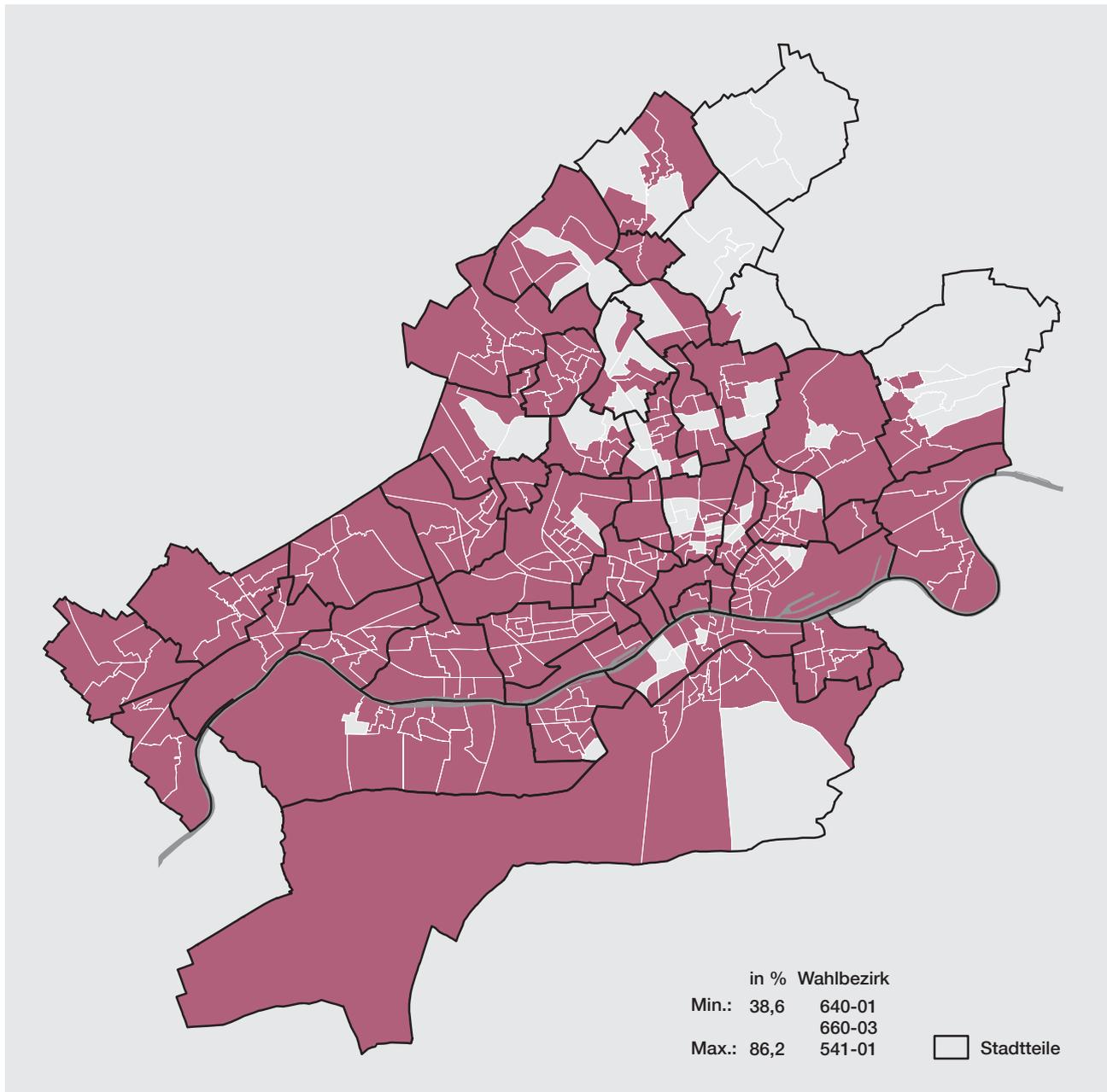
¹² Kleinhenz, Thomas: *Die Nichtwähler : Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*. Opladen : Westdeutscher Verlag GmbH, 1995 (Studien zur Sozialwissenschaft 156). – ISBN 3-531-1271-X, S. 73-80.

Sicher sind die Gründe für die wahltagspezifische Enthaltung vielfältig. Jemand kann z. B. ganz kurzfristig erkrankt, im Urlaub oder durch eine Arbeits-tätigkeit verhindert sein, so dass auch die Briefwahl keine Alternative mehr darstellt (dies soll laut Wahl-forschung auf Bundesebene auf ca. sechs Prozent der Wahlberechtigten zutreffen¹³).

Aber natürlich gibt es auch die, die desinteressiert sind, eine fatalistische Grundhaltung bezüglich po-

¹³ Eilfort, Michael: *Die Nichtwähler*. S. 60.

Abb.6 Wahlenthaltung 2016 in den Wahlbezirken höher als 50 Prozent



litischer Entscheidungsprozesse entwickelt haben oder die aus Zufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen nichts ändern möchten.¹⁴

Genauso nutzen manche die Nichtwahl als aktiven Ausdruck ihrer Wahlentscheidung. Vor allen Dingen aber gilt: Die Wenigsten wählen dauerhaft nicht, vielmehr entscheidet sich die Mehrheit von Wahl zu Wahl zu einer Enthaltung oder Beteiligung.¹⁴

¹⁴ Einen Überblick über Nichtwähler/-innen-Typen gibt: Neugebauer, Gero: *Warum nicht wählen gehen?* In: *Stadtforschung und Statistik* (2010), Nr. 1, S. 30-31.

Wahlenthaltung in Frankfurt nimmt flächendeckend zu

Auch wenn die Wahlergebnisse als Aggregatdaten keine Rückschlüsse auf das individuelle Wahlverhalten zulassen – was zur Sicherstellung einer geheimen Wahl selbstverständlich Voraussetzung ist –, so können auf ihrer Basis doch räumliche Verteilungsmuster im Stadtgebiet ermittelt werden.

Abb. 7 Höhe der Wahlenthaltung 2001

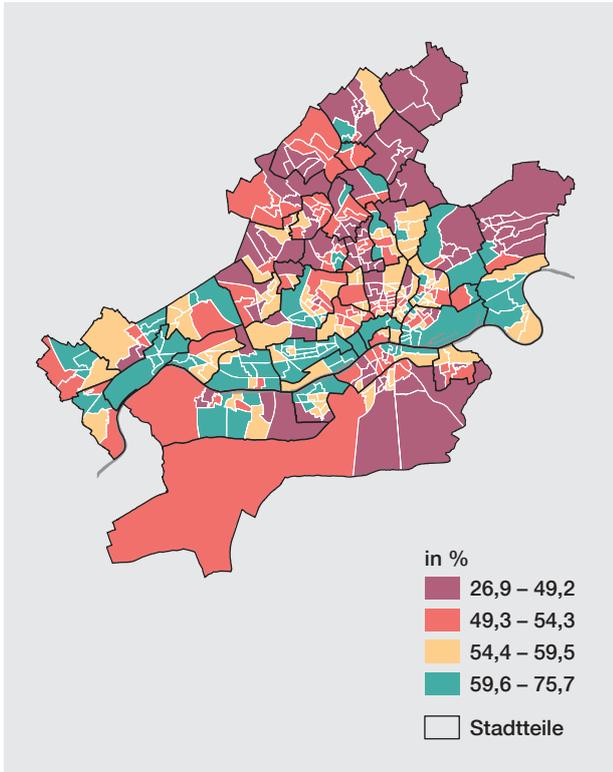


Abb. 8 Höhe der Wahlenthaltung 2006

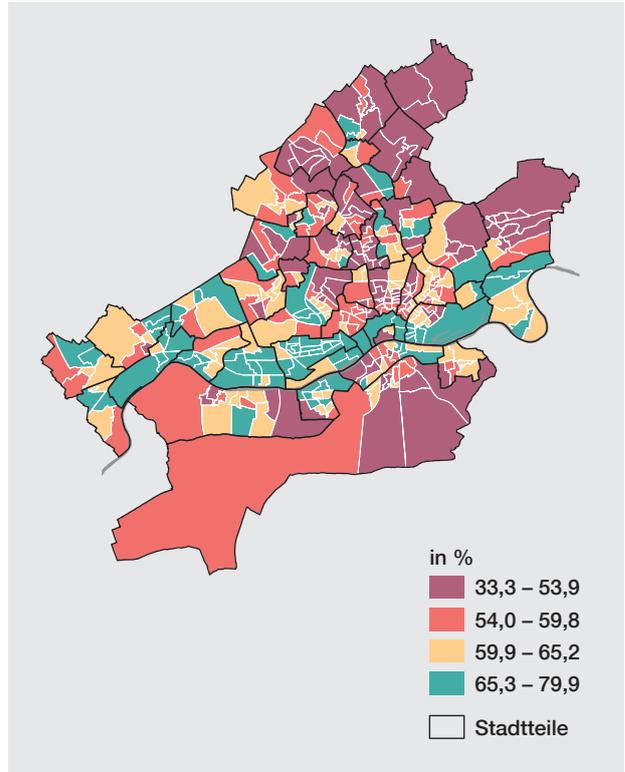


Abb. 9 Höhe der Wahlenthaltung 2011

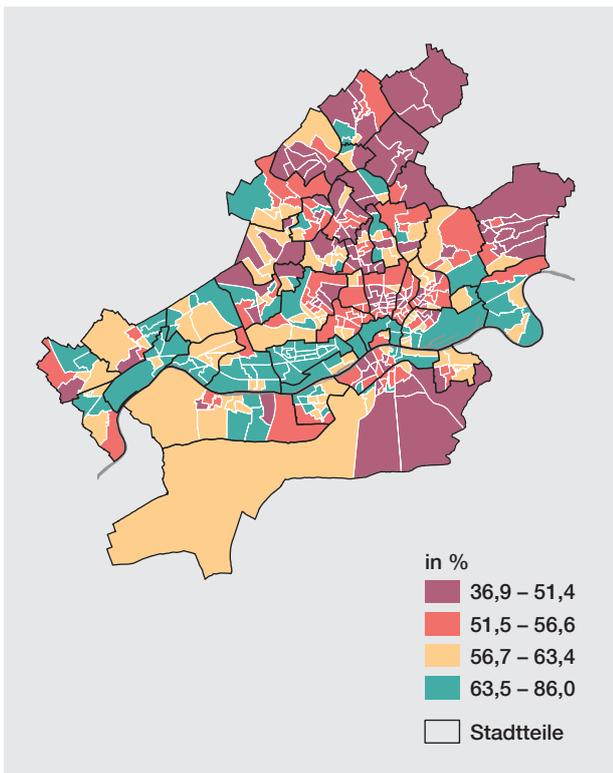


Abb. 10 Höhe der Wahlenthaltung 2016

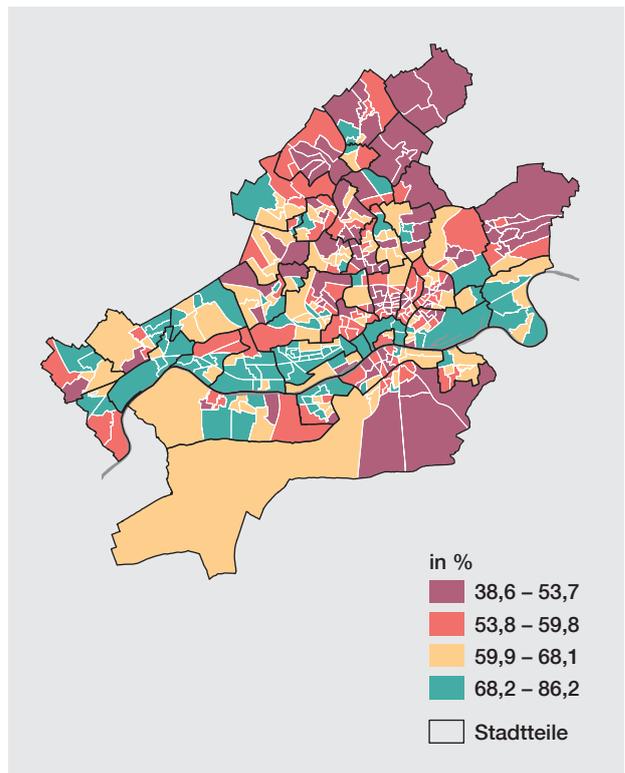
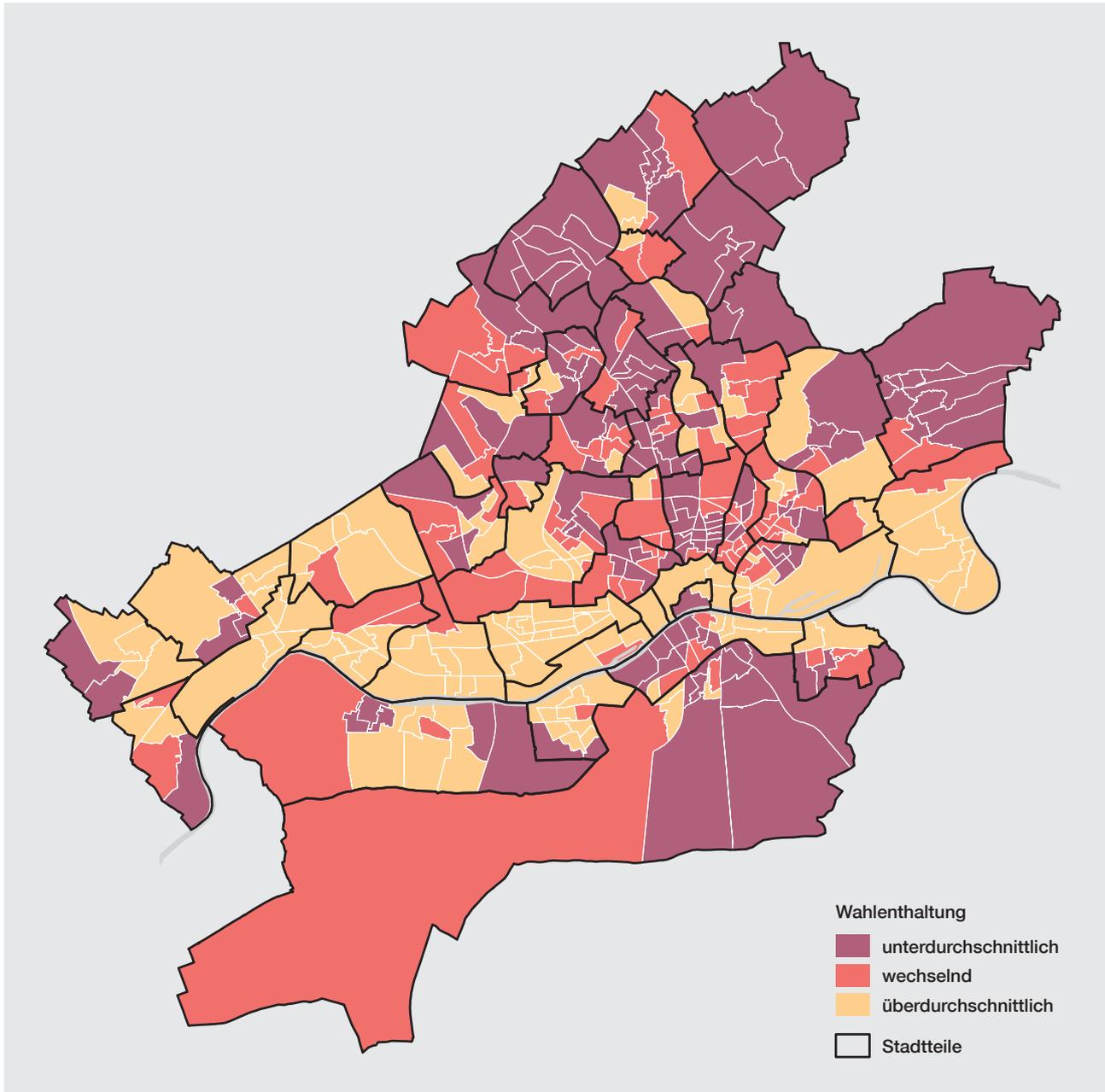


Abb. 11 Wahlbezirke mit stabil hoher bzw. niedriger oder wechselnder Wahlenthaltung

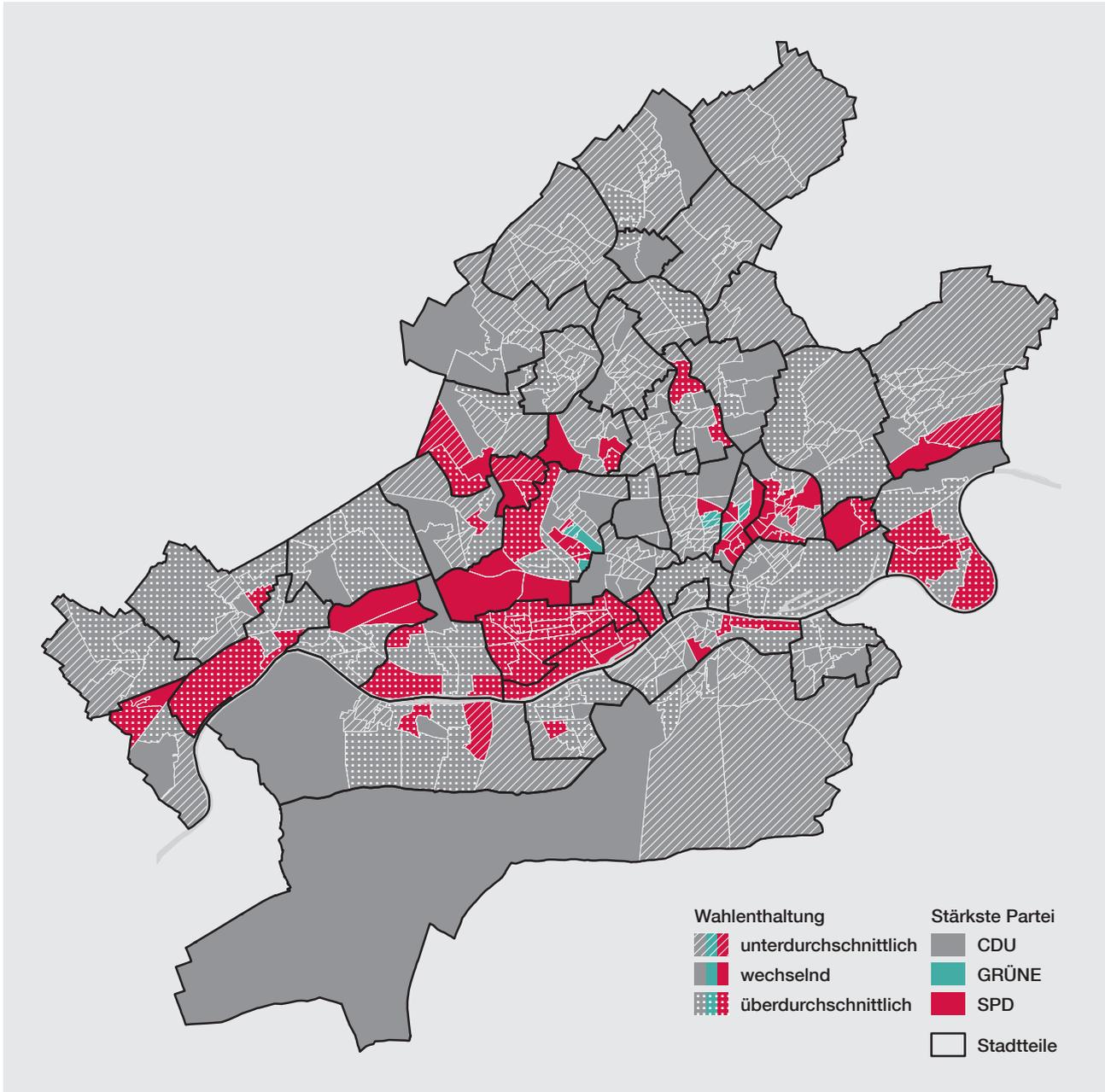


Umrechnung der Wahlergebnisse

Von Wahl zu Wahl verändern sich die Zuschnitte der Wahlbezirke. Die sich ändernde und vor allen Dingen wachsende Bevölkerung machen diese Grenzänderungen notwendig. Um Vergleiche auf Ebene der Wahlbezirke möglich zu machen, wie sie hier stattfinden, werden die Ergebnisse früherer Wahlen auf den aktuellen Gebietsstand umgerechnet.

Um auch die Briefwahlstimmen in die Betrachtung aufnehmen zu können, werden diese in einem weiteren Schritt in die Ergebnisse der Urnenwahlbezirke eingerechnet. Wie dieses Verfahren funktioniert, wird in Wolfsteiner, Michael: Wahlergebnisumrechnung nach Gebietsstandsänderungen – eine GIS-basierte Lösung. In: *Frankfurter statistische Berichte* (2016), S. 42-51 näher erläutert.

Abb. 12 Stärkste Parteien und Wahlenthaltung 2001



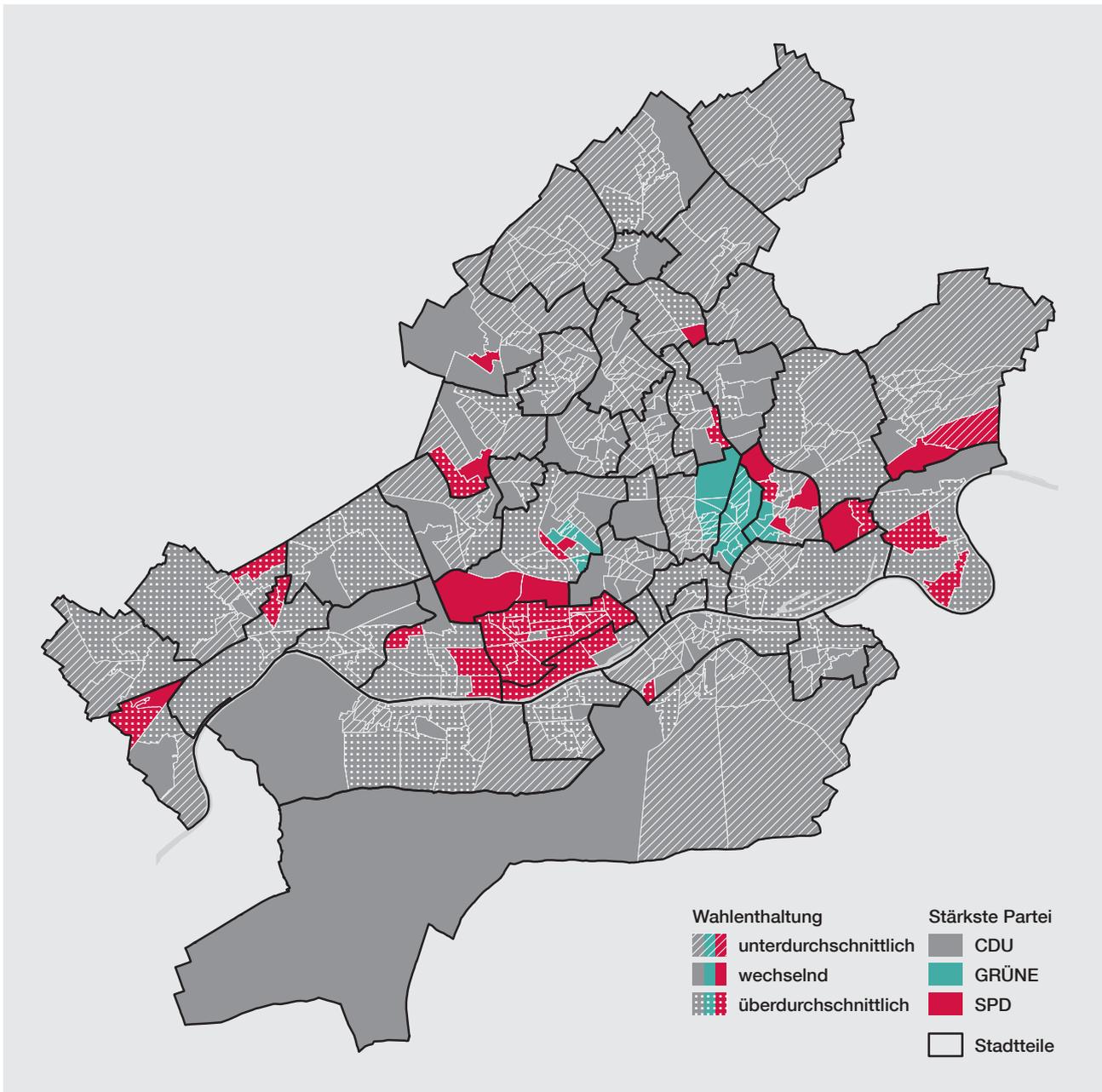
Das Niveau der Wahlenthaltung steigt in Abhängigkeit vom städtischen Ergebnis im gesamten Stadtgebiet flächendeckend an. Besonders deutlich wird dies im direkten Vergleich der Wahl 2001 mit der im Jahr 2016 in den Abbildungen 5 und 6.

Die Zahl der Wahlbezirke mit einer Enthaltungsquote von mehr als 50 Prozent kletterte in diesem Zeitraum von 264 auf 340. Damit gaben bei der letzten Stadtverordnetenwahl in 90 Prozent der Wahlbezirke mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten keine Stimme ab.

Ebenfalls interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es 2001 zuletzt Wahlbezirke gab, in denen die Gruppe der Nichtwählerinnen und Nichtwähler bezogen auf die Wahlberechtigten nicht die größte war.

In sieben Wahlbezirken im Norden Frankfurts – je einem in Nieder-Eschbach sowie Harheim und fünf am Riedberg – gelang es jeweils der CDU, einen höheren Anteil an den Wahlberechtigten für eine Stimmgabe zu ihren Gunsten zu motivieren, als sich Wahlberechtigte enthielten. Zwischen 34,3 und

Abb. 13 Stärkste Parteien und Wahlenthaltung 2006



37,1 Prozent der Wahlberechtigten vergaben in diesen Bezirken Stimmen an die CDU-Liste.

Nicht gewählt wird räumlich unterschiedlich

Das Nichtwählen ist im Stadtgebiet eindeutig räumlich ausdifferenziert, wie der Vergleich der Wahlen 2001 bis 2016 in den Abbildungen 7 bis 10 zeigt.

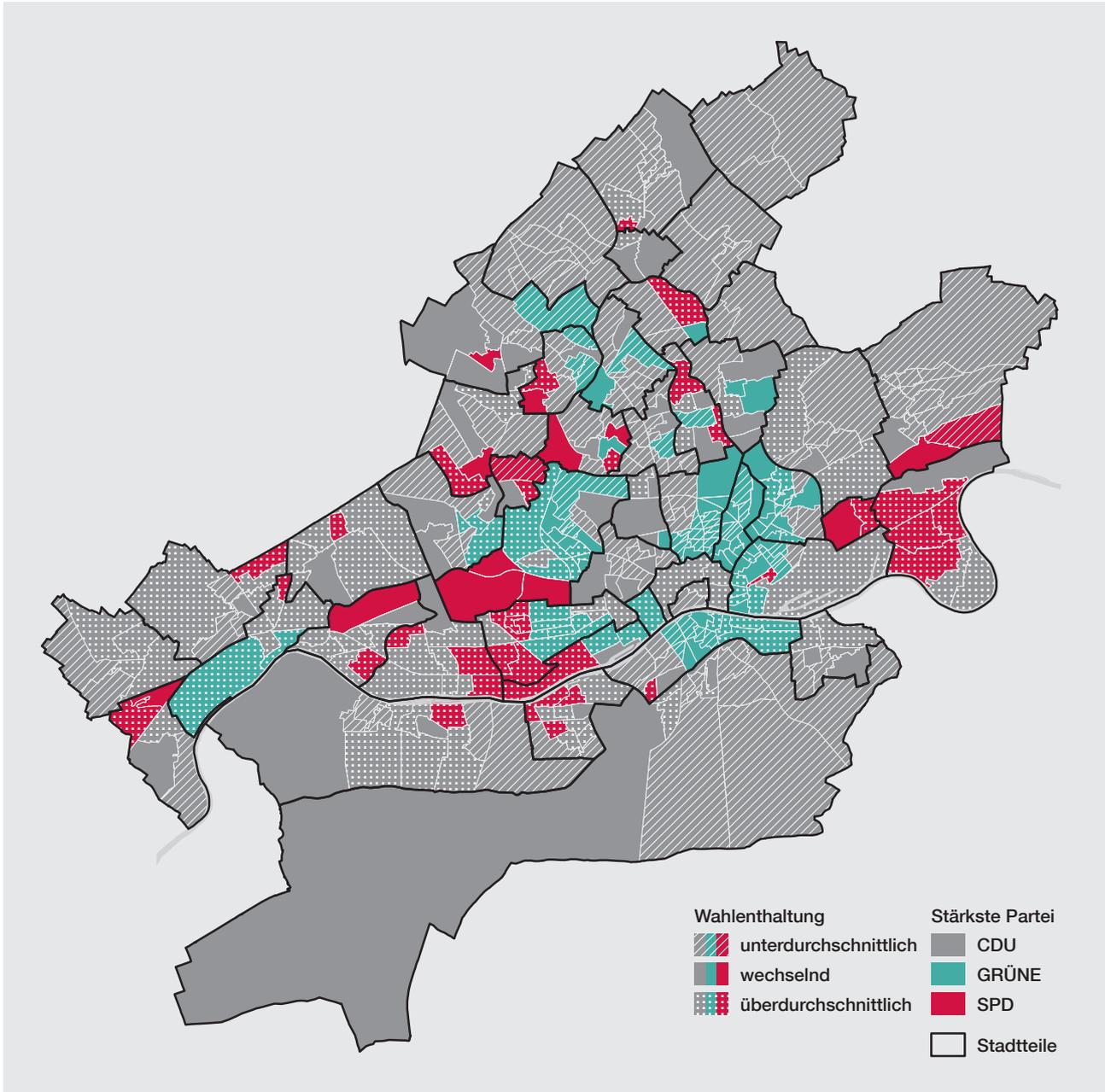
Hohe Wahlenthaltungsquoten über alle Wahlen fallen in einem Band auf, das sich nördlich des Mains von Ost nach West durch die Stadt zieht. Aber auch

nördlich dieses Bandes – z. B. in Sossenheim, dem nördlichen Bockenheim oder auch Bonames – finden sich einzelne Wahlbezirke oder kleinere Wahlbezirksgruppen, die ebenfalls eine verhältnismäßig hohe Wahlenthaltung aufweisen.

„Hochburgen“ der Wahlenthaltung

Es stellt sich die Frage, ob es im langfristigen Betrachtungszeitraum „Hochburgen“ der Wahlenthaltung gibt. Für die Abbildung 11 wurde überprüft, welche Wahlbezirke im Verlauf aller vier Wahlen

Abb. 14 Stärkste Parteien und Wahlenthaltung 2011



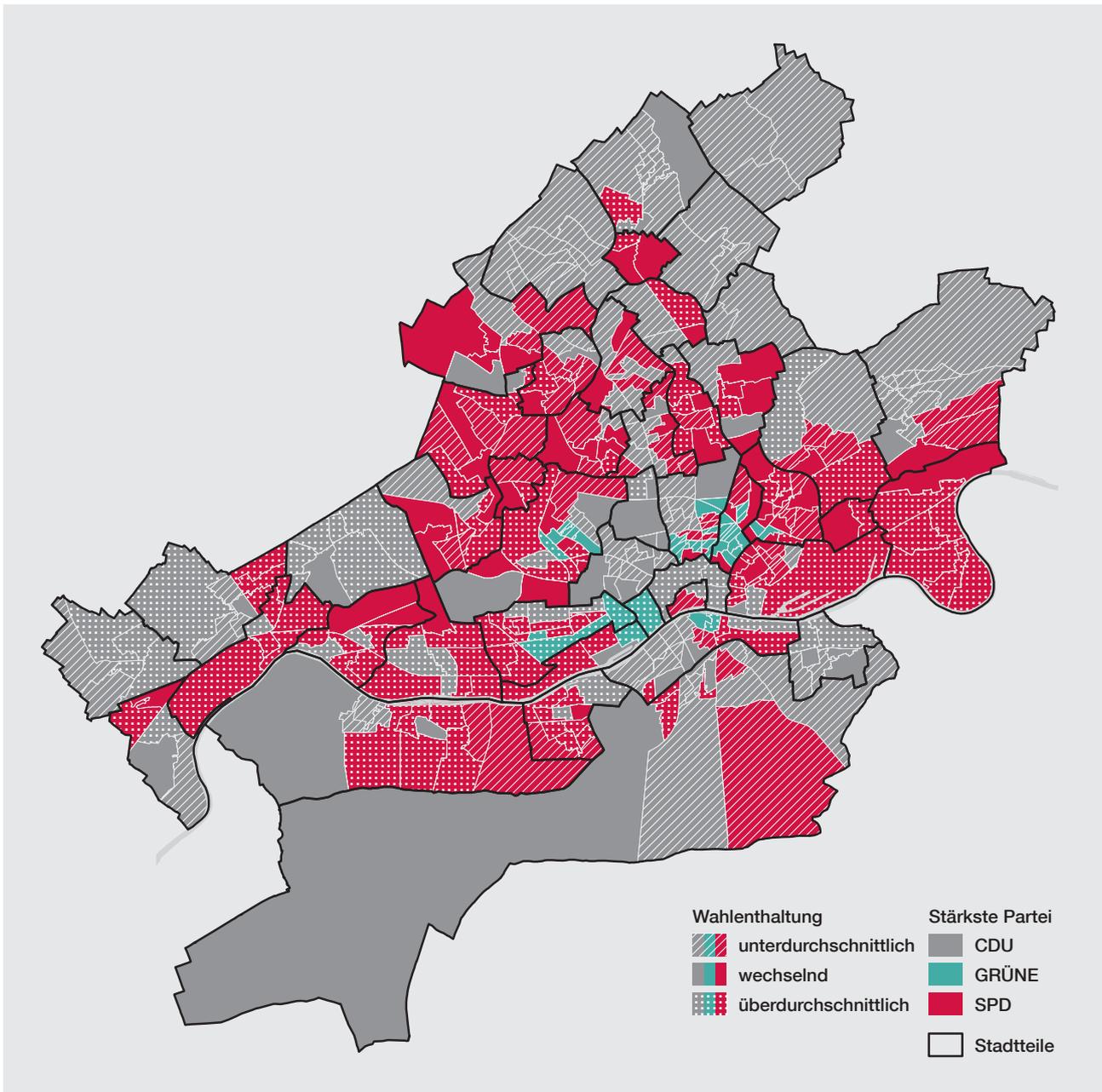
seit 2001 konstant eine im Vergleich zum Stadtwert überdurchschnittliche, welche eine unterdurchschnittliche und welche eine wechselnde Wahlenthaltungsquote aufwiesen.

Die Abbildung 11 zeigt das vorab geschilderte Band nördlich des Mains nochmals sehr deutlich. Aber auch südlich des Mains tendieren die Wahlberechtigten in Schwanheim, Niederrad, Sachsenhausen-Nord und Oberrad ebenfalls stärker dazu, ihre Stimme nicht abzugeben. Im Norden der Stadt trifft dies nur auf wenige Wahlbezirke zu.

Insgesamt sind der Norden und Nordosten dadurch geprägt, dass die Wahlenthaltung unterdurchschnittlich ist. Südlich des Mains herrschen Wahlbezirke vor, in denen die Wahlenthaltung mal über und mal unter der städtischen liegt. Lediglich die Wahlberechtigten im westlichen Sachsenhausen-Nord und in Sachsenhausen-Süd enthalten sich unterdurchschnittlich häufig der Stimmabgabe.

133 oder 35,3 Prozent aller 377 Wahlbezirke weisen 2001 bis 2016 eine stabile überdurchschnittliche Wahlenthaltungsquote auf. Die Wahlberechtigten in

Abb. 15 Stärkste Parteien und Wahlenthaltung 2016



139 Wahlbezirken (36,9 Prozent) enthalten sich fort-dauernd unterdurchschnittlich der Wahl. In den verbleibenden 27,9 Prozent bzw. 105 Bezirken wechselt das Wahlverhalten von Wahl zu Wahl.

Stärkste Parteien hängen nicht von der Höhe der Wahlenthaltung ab

Bezogen auf die unterschiedlichen Niveaus der Wahlenthaltung lässt sich in der Betrachtung der vier Stadtverordnetenwahlen seit 2001 feststellen, dass keine Partei profitieren kann. Ein Zusammen-

hang zwischen der jeweils stärksten Partei im Wahlbezirk und dessen Zuordnung zu den drei Kategorien der Wahlenthaltungsquote besteht nicht, wie die Abbildungen 12 bis 15 verdeutlichen.

Eine sich aus dem Kartenbild ergebende scheinbare Abhängigkeit des CDU-Ergebnisses sowie der unterdurchschnittlichen Wahlenthaltung im Frankfurter Norden bzw. Nordosten dürfte auf andere Faktoren zurückzuführen sein. Hier ist die CDU traditionell sehr stark und konnte 2016 trotz Stimmenverlusten im Stadtgebiet insgesamt die höchsten Anteile und

in Nieder-Erlenbach als einzigem Stadtteil einen Stimmengewinn gegenüber 2011 verzeichnen.

Wahlenthaltung ist ein Wechselphänomen

Die Ergebnisaggregate auf Ebene der Wahlbezirke zeigen, dass es sich bei der Wahlenthaltung – völlig unabhängig von einer individuellen Entscheidung zur Nichtwahl – um ein Wechselphänomen handelt. Fast ein Drittel der Wahlbezirke schwanken zwischen über- und unterdurchschnittlicher Wahlenthaltung.

Da hier ausschließlich die Stadtverordnetenwahlen seit 2001 betrachtet werden, lässt sich dieses Wechselverhalten nicht auf unterschiedliche Wahlarten zurückführen.

Vielmehr legen die Ergebnisse den Schluss nahe, dass die Wahlberechtigten in ihrer Entscheidung zur Nichtwahl durch verschiedenste, nicht nur in der eigenen Person begründete Parameter beeinflusst

werden. Zugleich wird deutlich, dass die Wahlstatistik zu deren Erklärung allein nicht ausreicht.

Hierfür sind weitere Analysen notwendig. Da sich die Wahlenthaltung bei den Stadtverordnetenwahlen auf hohem Niveau einzupendeln scheint und diese auch bei den anderen Wahlarten eine steigende Tendenz aufweist, ist eine weitere Beschäftigung mit dem Thema durchaus sinnvoll.

Zuerst wären im weiteren Verlauf auf der kleinräumigen Ebene der Wahlbezirke Vergleiche der unterschiedlichen Wahlarten in einem längeren Zeitverlauf von mehreren Jahrzehnten anzustellen, um die Thematik der „Enthaltungshochburgen“ besser beleuchten zu können.

In einem weiteren Schritt könnte dann ebenfalls auf Ebene der Wahlbezirke die Abhängigkeit dieser Gebiete mit einer dauerhaft hohen bzw. niedrigen Wahlenthaltung von sozio-demografischen Merkmalen der (Wahl-)Bevölkerung überprüft werden.

Literaturverzeichnis

Asemann, Karl: *Wähler und Nichtwähler in Frankfurt am Main im Wandel der Zeit – Wahlergebnisse vor dem Hintergrund des Zeitgeschehens und im Spiegel der Statistik*. Frankfurt am Main : Bürgeramt, Statistik und Wahlen, 2002 (Materialien zur Stadtbeobachtung 10).

Eilfort, Michael: *Die Nichtwähler : Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*. Paderborn : Schöningh, 1994 (Studien zur Politik 24). – ISBN 978-3-506-79324-9.

Eilfort, Michael: *Aktualisierter Beitrag zum Thema „Nichtwähler“*. URL http://www.eilfort.de/downloads/Nichtwaehler_08_2009.pdf, Stand: 05.01.2017.

Feist, Ursula: *Die Macht der Nichtwähler : Wie die Wähler den Volksparteien davonlaufen*. München : Knaur, 1994. – ISBN 3-426-80044-6.

Gunzert, Rudolf: *Die Wahl zur Stadtverordneten-Versammlung am 28. Oktober 1956 in Frankfurt am Main : Beiträge zu einer statistischen Analyse des Wahlgesehens*. Frankfurt am Main : Statistisches Amt und Wahlamt, 1958 (Statistische Monatsberichte Frankfurt am Main : Sonderheft 10).

Hennig, Eike ; Lohde-Reiff, Robert ; Sack, Detleff: *Wahlenthaltung in der Großstadt: Das Beispiel Frankfurt am Main*. In: *Frankfurter statistische Berichte (2001)*, Nr. 3, S. 224-251.

Kleinhenz, Thomas: *Die Nichtwähler : Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*. Opladen : Westdeutscher Verlag GmbH, 1994 (Studien zur Sozialwissenschaft 156). – ISBN 3-531-1271-X, S. 73-80.

Mayer, Evelies: *Die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 25. Oktober 1964 in Frankfurt am Main : Sonderheft 19*.

Murr, Günter: *Kommunalwahl in Frankfurt – Fast 10.000 ungültige Stimmzettel*. URL: <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Fast-10-000-unguelte-Stimmzettel;art675,1912973>, Stand: 22.03.2017.

Neugebauer, Gero: *Warum nicht wählen gehen?* In: *Stadtforschung und Statistik (2010)*, Nr. 1, S. 30-31.

Remlein, Thomas: *Forsa-Chef: „CDU-Wähler sind zu Hause geblieben“*. URL: <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Forsa-Chef-bdquo-CDU-Waehler-sind-zu-Hause-geblieben-ldquo;art675,1905477>, Stand: 19.01.2017.

Wolfsteiner, Michael: *Wahlergebnisumrechnung nach Gebietsstandsänderungen – eine GIS-basierte Lösung*. In: *Frankfurter statistische Berichte (2016)*, S. 42-51.